

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung gemäß Artikel 13 Absatz 6 Satz 1 des Grundgesetzes für das Jahr 2013

Gemäß Artikel 13 Absatz 6 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) unterrichtet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag jährlich über den Einsatz technischer Mittel zur Überwachung von Wohnungen (Wohnraumüberwachung), sofern die Maßnahmen vorgenommen wurden

1. im Rahmen des Artikels 13 Absatz 3 GG (Strafverfolgung);
2. im Zuständigkeitsbereich des Bundes im Rahmen des Artikels 13 Absatz 4 GG (Gefahrenabwehr) oder
3. im Zuständigkeitsbereich des Bundes zur Eigensicherung der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen (Artikel 13 Absatz 5 GG) und die Maßnahme richterlich überprüfungsbedürftig ist, weil die dabei gewonnenen Erkenntnisse für die vorgenannten Zwecke (Strafverfolgung, Gefahrenabwehr) verwendet werden sollen.

Für den Bereich der Strafverfolgung ist die Berichtspflicht in § 100e der Strafprozessordnung (StPO) näher konkretisiert. Aufgrund entsprechender statistischer Mitteilungen aus den Ländern und vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat das Bundesamt für Justiz die beigefügte Tabelle für das Jahr 2013 erstellt. Hiernach sind im repressiven Bereich in drei Ländern (Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen) und beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in sieben Verfahren insgesamt acht Maßnahmen der akustischen Wohnraumüberwachung angeordnet worden und sechs davon zur Durchführung gelangt.

In den übrigen Ländern sind im Jahr 2013 keine Maßnahmen nach § 100c StPO angeordnet worden.

Allerdings wurde von Hessen eine in einem Strafverfahren durchgeführte Maßnahme gemeldet, mit der ein Amtsgericht aufgrund des Verdachts eines Diebstahls in einem besonders schweren Fall „gemäß § 100c StPO analog“ die akustische Überwachung von Unterrichtsräumen in einer Polizeibehörde angeordnet habe. Nach Auffassung der Bundesregierung handelte es sich, da keine Wohnung betroffen war, im Übrigen aber auch die Voraussetzungen der §§ 100c, 100d StPO offenkundig nicht vorlagen, nicht um eine akustische Wohnraumüberwachung nach den §§ 100c, 100d StPO, so dass die Maßnahme nicht in die tabellarische Jahresübersicht aufgenommen wurde.

Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nach Artikel 13 Absatz 4 GG sind im Berichtsjahr 2013 im Zuständigkeitsbereich des Bundes nicht ergriffen worden.

Ebenso sind im Erhebungszeitraum im Zuständigkeitsbereich des Bundes keine Maßnahmen zur Eigensicherung nach Artikel 13 Absatz 5 GG durchgeführt worden.

Die in den beigefügten Tabellen für repressive Maßnahmen in Bezug genommenen Gruppen von Anlassstraf-
taten ergeben sich aus § 100c Absatz 2 StPO, der wie folgt lautet:

§ 100c Absatz 2 StPO

„(2) Besonders schwere Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 sind:

1. aus dem Strafgesetzbuch:

- a) Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates sowie des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit nach den §§ 80, 81, 82, 89a, nach den §§ 94, 95 Abs. 3 und § 96 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 97b, sowie nach den §§ 97a, 98 Abs. 1 Satz 2, § 99 Abs. 2 und den §§ 100, 100a Abs. 4,
- b) Bildung krimineller Vereinigungen nach § 129 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 Halbsatz 2 und Bildung terroristischer Vereinigungen nach § 129a Abs. 1, 2, 4, 5 Satz 1 Alternative 1, jeweils auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1,
- c) Geld- und Wertzeichenfälschung nach den §§ 146 und 151, jeweils auch in Verbindung mit § 152, sowie nach § 152a Abs. 3 und § 152b Abs. 1 bis 4,
- d) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in den Fällen des § 176a Abs. 2 Nr. 2 oder Abs. 3, § 177 Abs. 2 Nr. 2 oder § 179 Abs. 5 Nr. 2,
- e) Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften in den Fällen des § 184b Abs. 3,
- f) Mord und Totschlag nach den §§ 211, 212,
- g) Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen der §§ 234, 234a Abs. 1, 2, §§ 239a, 239b und Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft nach § 232 Abs. 3, Abs. 4 oder Abs. 5, § 233 Abs. 3, jeweils soweit es sich um Verbrechen handelt,
- h) Bandendiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 2 und schwerer Bandendiebstahl nach § 244a,
- i) schwerer Raub und Raub mit Todesfolge nach § 250 Abs. 1 oder Abs. 2, § 251,
- j) räuberische Erpressung nach § 255 und besonders schwerer Fall einer Erpressung nach § 253 unter den in § 253 Abs. 4 Satz 2 genannten Voraussetzungen,
- k) gewerbsmäßige Hehlerei, Bandenhehlerei und gewerbsmäßige Bandenhehlerei nach den §§ 260, 260a,
- l) besonders schwerer Fall der Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte nach § 261 unter den in § 261 Abs. 4 Satz 2 genannten Voraussetzungen,
- m) besonders schwerer Fall der Bestechlichkeit und Bestechung nach § 335 Abs. 1 unter den in § 335 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 genannten Voraussetzungen,

2. aus dem Asylverfahrensgesetz:

- a) Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung nach § 84 Abs. 3,
- b) gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung nach § 84a Abs. 1,

3. aus dem Aufenthaltsgesetz:

- a) Einschleusen von Ausländern nach § 96 Abs. 2,
- b) Einschleusen mit Todesfolge oder gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen nach § 97,

4. aus dem Betäubungsmittelgesetz:

- a) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 5, 6, 10, 11 oder 13, Abs. 3 unter der in § 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 genannten Voraussetzung,
- b) eine Straftat nach den §§ 29a, 30 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4, § 30a,

5. aus dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen:

- a) eine Straftat nach § 19 Abs. 2 oder § 20 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 21,
- b) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 22a Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2,

6. aus dem Völkerstrafgesetzbuch:
 - a) Völkermord nach § 6,
 - b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7,
 - c) Kriegsverbrechen nach den §§ 8 bis 12,
7. aus dem Waffengesetz:
 - a) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 51 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2,
 - b) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 5.“

Anlage

Anlage zum Bericht der Bundesregierung gemäß Artikel 13 Absatz 6 Satz 1 GG für das Jahr 2013
Stand: 4. August 2014

Akustische Wohnraumüberwachung

Berichtsjahr 2013

I. Repressive Maßnahmen gemäß Artikel 13 Absatz 3 GG

Land	Anzahl der Verfahren	Anlass- tat(en) gem. § 100c Abs. 2 Nr./lit	OK- Be- zug	Ob- jekt	Art überwachte Objekte		Inhaber überwachte Objekte		Anzahl überwachte Personen je Verfahren		Dauer der einzelnen Überwachung in Kalendertagen			Anzahl		Benachrichtigungen		Relevanz für		Negativergebnisse hatten		Kosten EUR	
					Privat- wohnung	Sonstige Wohnung	Besch.	Dritter	Besch.	Nicht- besch.	Anord- nung	Ver- länge- rung	Abhör- dauer	Unter- bre- chungen	Ab- brüche	Anzahl nicht erfolgte	Gründe	Anlass- verfahren	andere Verfahren	techn. Gründe	folgende Gründe	Über- setzung	sonstige
BE	2	4b)	ja	1	-	1	nein	ja	4	1	30	-	3	-	-	nein	nein	laufende verdeckte Ermittlungen	nein	nein	unergiebig	-	-
		1f)	nein	1	-	3	ja	nein	3	-	30	-	23	20	-	ja	nein	-	-	ja	nein	-	keine Erkenntnisse
HH	1	1f)	ja	1	-	1	ja	ja	1	1	2	-	2	-	-	ja	nein	-	ja	nein	-	-	180
NW	1	1f)	nein	1	-	1	nein	ja	1	min. 5	11	-	8	-	-	nein	nein	keine Identifizierung	nein	nein	unergiebig	-	-
GBA	3	1b)	nein	1	-	2	ja	nein	2	etwa 10	31	a) 30 b) 2	60	-	-	ja	nein	-	ja	nein	-	-	-
		1b)	nein	1	(1)	-	ja	nein	(5)	-	31	a) 28 b) 31 c) 30	-	-	-	nein	nein	-	nein	nein	Maßnahme nicht umgesetzt	-	ca. 16.000
		1b)	nein	1	(1)	nein	ja	nein	(7)	(4)	4	-	-	-	-	ja	nein	-	nein	nein	Maßnahme nicht umgesetzt	-	-
			nein	1	-	1	nein	ja	9	4	4	2	-	-	ja	ja	Gefährdung des Untersuchungszwecks	ja	ja	-	-	-	-

Anlage zum Bericht der Bundesregierung gemäß Artikel 13 Absatz 6 Satz 1 GG für das Jahr 2013
Stand: 4. August 2014

Akustische und optische Wohnraumüberwachung

Berichtsjahr 2013

II. Maßnahmen zur Gefahrenabwehr gemäß Artikel 13 Absatz 4 GG

Behörde	Anzahl der Verfahren	Anlass	OK-Bezug	Objekt	Art überwachter Objekte		Inhaber überwachter Objekte		Anzahl überwachter Personen je Verfahren		Dauer der einzelnen Überwachungen in Kalendertagen			Anzahl		Benachrichtigungen		Relevanz für		Negativergebnisse hatten		Kosten EUR	
					Privatwohnung	Sonstige Wohnung	Störer	Dritter	Störer	Nicht-Störer	Anordnung	Verlängerung	Abhördauer	Unterbrechungen	Abbrüche	Anzahl nicht erledigte	Gründe	Anlassverfahren	andere Verfahren	techn. Gründe	folgende Gründe	Übersetzung	sonstige
Es wurden keine Maßnahmen durchgeführt.																							

Anlage zum Bericht der Bundesregierung gemäß Artikel 13 Absatz 6 Satz 1 GG für das Jahr 2013
Stand: 4. August 2014

Akustische Wohnraumüberwachung

Berichtsjahr 2013

III. Maßnahmen zur Eigensicherung gemäß Artikel 13 Absatz 5 GG

Behörde	Anzahl der Verfahren	Anlass- tat(en) gem. § 100c Abs. 2 Nr./lit	Ob- jekt	Art überwachte Objekte		Inhaber überwachte Objekte		Anzahl überwachte Personen je Verfahren		Dauer der einzelnen Überwachung in Kalendertagen		Anzahl		Benachrichtigungen		Relevanz für		Negativergebnisse hatten		Kosten EUR		
				Privat- wohnung	Sonstige Wohnung	Besch.	Dritter	Besch.	Nicht- besch.	Anord- nung	Ver- länge- rung	Anord- nung	Abhör- dauer	Unter- bre- chungen	Ab- brüche	Anzahl nicht erfolgte	Gründe	Anlaas- verfahren	andere Verfahren	techn. Gründe	folgende Gründe	Über- setzung
Es wurden keine Maßnahmen durchgeführt.																						

